

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Niekisch spricht nicht von diesem menschlichen Problem, aber er sieht es und sieht den Weg, der ihm gerecht werden soll.

Mit grausamer Realistik schildert er nicht allein die Inkarnation des ewigen Juden, sondern auch den Menschentyp, welcher der dritten imperialen Figur zugehört. Er ist „ausgebörrtes Individuum“, „pulverisiert“, „entstofflicht“, von den elementaren Kraftquellen abgeschnitten. „Darum fehlt ihm“ — diesem Gewächs der europäischen Zivilisation — „für die Machtprobe mit dem bürgerlichen Ordnungskosmos, im Aufmarsch gegen das ‚ökonomische Feindesland‘ die unwiderstehliche Durchschlagskraft. Er erschreckt die bürgerliche Umwelt, aber er wird ihrer nicht Herr.“ Bedurften ewiger Römer und ewiger Jude der glänzenden Schätze der Welt, um auf oder aus ihnen den Glanz ihres Imperiums erstrahlen zu lassen, so ist dem „Arbeiter“, der schon zu Anfang als weltgängiger Typus auftritt — er reicht soweit wie Technik und ökonomischer Verstand reichen — als leerer Schale das Herz in der Brust, das Blut im Leibe nötig. Dies opfern „slawischer Bauer“ und „tartarischer Hirte“. Niekisch glaubt, daß die „sozialistische Gesellschaft“ die Lebensform ist, auf welche diese Barbaren „aus den Untergründen ihres Daseins her“ angelegt sind. So muß der Arbeiter nicht ihre biologische Substanz verbiegen, sie aussaugen, wie dies die Imperien sonst getan haben, sondern er findet in ihnen „die Körper, für die er eben der Kopf ist, der dazu gehört“.

Wie weit die Technik in ihrer gegenwärtigen Form nicht substanzverzehrend ist — diese Frage haben wir soeben gestellt. Auf den Schultern dieser jungen „Barbaren“ liegt die Bürde eines schicksalhaften Auftrags in ganzer Schwere. Wie es auch immer komme: aus dieser Symbiose wird ein Stoff sich bilden, der wie „Dynamit“ für alle alten Werte und Ordnungen wirken wird.

Die schwarze Flagge, die über unserer Zeit flattert, deutet nicht allein auf Todesgefahr, sondern auch auf einen Bereich, in dem unter Todesgefahr die tiefsten Aufgaben menschlicher Gemeinschaft in Angriff genommen worden sind: und wiederum im Dienst des Lebens — im Dienst des Menschen, möchten wir glauben.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Stunde der Rechten.

Die innerpolitische Entwicklung der Eidgenossenschaft hat seit den Tagen nach dem 26. September, also seit dem Vollzug der Abwertung, eine neue, man kann sagen: typische Richtung eingeschlagen. Es ist, als hätte die Abwertung, obwohl diese Maßnahme an sich mit der großen politischen Entwicklungslinie schon der Materie nach keineswegs im Zusammenhang steht, auch hier einen Damm durch-

brochen, der allerdings längst nicht mehr feststand und durch den das Wasser schon seit einigen Monaten durchzusickern begonnen hatte. Am Tage der Abwertung mußte nun zwangsläufig eine breite Bresche in diesem Damm gelegt werden, denn an diesem Tage ergab sich zur klaren Erkenntnis aller, die überhaupt sehen wollten, daß die fünfjährige Wirtschaftspolitik des Bundesrates, also die Wirtschaftspolitik seit Beginn der Krise, falsch gewesen war. Bei der heutigen Präponderanz der wirtschaftlichen Probleme mußte die Konsequenz schwerwiegend sein: Der Bundesrat, der diese Wirtschaftspolitik betrieben hatte, war nun eben der Bundesrat der schwarz-grün-goldenen Koalition und die Erkenntnis seines Versagens mußte den Bestand dieser Koalition, sogar in unserem ziemlich konservativen politischen Gefüge, gefährden.

Koalitionsgebilde sind nun in der Regel in demokratischen und parlamentarischen Staaten einem Wechsel unterworfen, den man als normal bezeichnen kann. An sich wäre deshalb ein Koalitionswechsel auch in der Schweiz, theoretisch gesprochen, nichts besonderes. Der praktischen Anwendung dieses Satzes aber stehen bei uns ganz natürliche und sehr heilsame Hindernisse gegenüber, und so kam es, daß seit dem Verlust der absoluten Mehrheit der freisinnig-demokratischen Partei in der Bundesversammlung die heute bestehende Koalition als ihr selbstverständlicher und unveränderlicher Ersatz gelten mußte.

Solange das Land sich der Prosperität erfreute, war denn auch kaum jemand da, der einen Koalitionswechsel auch nur in Erwägung gezogen hätte. Die Sozialdemokratie drängt zwar längst dahin, wenigstens ihr gemäßigter Flügel; dagegen trieb die Partei in anscheinend nicht umzubringender Reminiscenz an die Tage des November 1918 eine Politik der Verneinung des demokratischen Staates und des Antimilitarismus, die bei jedem normalempfindenden Politiker ihre Koalitionsreise als völlig außer jeder Betrachtung erscheinen lassen mußte. Zudem konnte es scheinen, als ob die Politik der bestehenden Koalition eigentlich durch etwas Besseres gar nicht zu ersetzen wäre. Hatten wir nicht den Krieg im Grunde recht gut überstanden? Erfreute sich nicht das Land während einer zehnjährigen Periode nach Abschluß des Krieges — von wenigen Ausnahmen abgesehen — einer wunderbaren Prosperität? Es war die Zeit, da das eidgenössische Budget Jahr für Jahr seinen Überschuß aufwies, die Zeit, da der Honig der Subventionen in wunderbar-beglückendem Strom sich über alle Interessenten — und wer gehörte nicht dazu? — ergoß. Diese Zeit der Prosperität ist uns irgendwie zum Verhängnis geworden, und ob sie gleich die Kammern unserer Nationalbank mit den Reichtümern füllte, von denen wir noch heute zehren. Denn in diesen Jahren versäumten wir es, die Mängel unseres Systems zu erkennen und wir waren nur allzu leicht geneigt, unseren Wohlstand auf die Güte dieses Systems und die Vortrefflichkeit der in ihm herrschenden Koalition zurückzuführen.

Die Krise schuf hier zwar nicht eine rasche, aber, unserem Volkscharakter entsprechend, eine, wenn auch langsam wirkende, so doch ziemlich tiefe Wandlung. Wir wollen absehen von jener Erneuerungsbewegung, die den Kampf gegen das „System“ an sich auf ihre Fahne geschrieben hat. Ihr Rückhalt im Volk ist, von einer Großstadt abgesehen, gering und ihre Stimmkraft, die einst, in gewissen Kantonen, ansehnlich war, ist, wie die Wahlen in Schaffhausen zeigten, auf dem Stande geblieben, auf den sie, nach dem großen Erfolg des ersten Jahres, kurz darauf zurückgeworfen wurde. Aber auch in der breiten Masse unserer Wähler machte sich mehr und mehr die Erkenntnis bemerkbar, daß eine Reparatur unseres demokratischen Aufbaus nicht mehr zu umgehen sei. Der Unterschied ist nur der — und er läßt sich nicht etwa nur bei den Bewegungen innerhalb der historischen Parteien, sondern auch bei der jungkonservativen Erneuerungsbewegung und der Aufgebotsgruppe feststellen —, daß hier Angriffe auf das System an sich nicht unternommen, sondern allein gewisse funktionelle Störungen der Kritik unterzogen werden, in der richtigen Erkenntnis, daß die Schweiz im Grundsatz ihren föderativ-

demokratischen Aufbau nicht nur wird erhalten, sondern verstärken müssen, wenn sie nicht zu Grunde gehen soll. Das heißt natürlich nicht, daß die heutigen Zustände einfach tale quale erhalten werden sollen und gewisse Leute wagen sich reichlich weit vor, wenn sie behaupten, allein die Erneuerung zu vertreten und das Ei des Columbus gefunden zu haben, indem sie einfach das demokratische System bekämpfen. Somit sei wieder einmal festgestellt, daß uns allen, die wir den Kampf gegen das System an sich nicht auf unsere Fahne geschrieben haben, die heutigen Mängel ebenso bekannt sind, wie den andern (mit Verlaub bemerkt), und daß wir im übrigen durchaus überzeugt sind, aufs rechte Pferd gesetzt zu haben, wenn wir die Rettung in der Erhaltung des föderativen Aufbau's unserer Demokratie erblicken. Für uns spricht — im Großen gesehen — der Tradition eine jahrhundertalte Vergangenheit, und die ist uns Beweis genug.

Die Erkenntnis, daß die Politik des Bundesrates den Anforderungen der krisenschweren Zeit nicht gewachsen sei, bestand schon lange. Und ebenso lange bestanden schon Bestrebungen, die Sozialdemokratie zur Regierungskoalition beizuziehen. Ihre bürgerlichen Vertreter sind das linksradikale Lager, und die Basler „National-Zeitung“ ist ihr bemerkenswerter Exponent. In der Sozialdemokratie selbst bekamen die gemäßigten Kräfte allmählich die Oberhand, doch wird man nicht darüber im Zweifel sein dürfen, daß diese Gewichtsverlagerung in der marxistischen Partei weniger auf einen aus ihr selbst erwachsenen Gesinnungswechsel gegenüber dem demokratischen Staat und seiner Armee zurückzuführen ist, als vielmehr durch das Bestreben bedingt erscheint, die Schweiz wehrhaft zu machen, damit sie ein möglichst vollwertiges Glied in einer kommenden antifaschistischen Koalition werde. So haben wir unsere neueste innerpolitische Bewegung zu einem guten Teil Herrn Hitler zu verdanken.

In der Sozialdemokratie wurde schon seit Monaten kluge und intensive Vorarbeit für das Kommende geleistet. Man bewilligte die Militärkredite, man stimmte der Wehranleihe zu und setzte sich souverän hinweg über diejenigen, die zu protestieren wagten, man verleugnete einer kommenden Koalition zuliebe die besten Freunde von ehemals, und die, welche die alten, für die Partei jahrelang maßgebenden Grundsätze der antidemokratischen und antimilitaristischen Doktrin am besten hochgehalten hatten, wurden im weitesten Schwunge hinausbefördert. Typisch in diesem Zusammenhang ist die Kaltstellung Friedrich Schneider's und sein Hinauswurf aus der Redaktion der Basler „Arbeiter-Zeitung“.

Nachdem nun das Geschick sich erfüllte und der 26. September den Bankrott der bisherigen Wirtschaftspolitik zur Evidenz erwies, da brach mit einem Schlag die Sonne der neuen Koalition durch das Gewölk und ihre heißen Strahlen brachten die Früchte der eifrig geübten sozialdemokratischen Spekulation sehr rasch zum Reifen.

Es entstand die „Richtlinien-Bewegung“. Kaum war der Tag der Abwertung vorüber, so bildete sich eine Koalition der linksdemokratischen und jungbäuerlichen Elemente mit den Gewerkschaften und den Spitzen der sozialdemokratischen Partei, welche sich für die Führung einer gemeinsamen Politik einsetzte, die auf einem vollgültigen Bekenntnis zur geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung aufbauen sollte. Großzügige Sozialpolitik und Arbeitsbeschaffung sind die wesentlichen Programmpunkte. Und daß das Bekenntnis zur „Demokratie“ in diesem Programm eine sehr bevorzugte Stellung einnimmt, versteht sich von selbst.

Hier ist — und das ist der Hauptgrund, weshalb die Ziele dieser Vereinigung nicht zur Verwirklichung kommen dürfen — das Wort „Demokratie“ zu nichts anderem als zur Tarnung sehr realer parteipolitischer Absichten gebraucht. Denn der Sozialdemokratie gilt die Demokratie nur solange etwas, als sie antifaschistisch ist, das zeigt ein selbst nur flüchtiger Blick in die Parteipresse, und, offenkundig, was wäre von einer Partei anderes zu erwarten, die sich noch bis un-

mittelbar vor dem faschistischen Umsturz in Deutschland zur integralen Diktatur des Proletariates bekannte?

Beabsichtigt ist also die Aufnahme der Sozialdemokraten in den Bundesrat und vor allem die Schaffung einer schwarz-rot-grün-goldenen Koalition. Der Gedanke ist fein gesponnen und er ehrt — in gewissem Sinne — seine Urheber. Aber das Schweizer Volk dürfte, nach allem, was sich bis heute feststellen läßt, nicht in die Falle gehen:

1. Der Zentralvorstand der katholisch-konservativen Volkspartei hat bereits eine völlig ungeschminkte Ablehnung solcher Bestrebungen ausgesprochen, deren Schärfe allein schon an der erbitterten Reaktion, vor allem in der sogenannten linksbürgerlichen Presse, zu erkennen ist. Allem Anschein nach schrecken die Spuren, die das Zentrum im Reich und in Preußen zurückgelassen hat und sein schmählicher Untergang sein dürfte, für mehr als nur einen, eine schreckliche Warnung bedeuten. Nicht zu übersehen ist dabei allerdings, daß der christlich-soziale Flügel der Partei seinem Wesen nach dem Gedanken der neuen Koalition grundsätzlich zuneigen würde; aber die überwiegende Mehrheit der Partei besitzt ihre Träger in der Bauernschaft auf dem Lande und diese wird, wie die Resolution des Zentralvorstandes bereits erkennen läßt, sich durchsetzen. Dabei scheint es, wenigstens bis heute, daß die Minderheit sich fügen werde und daß mit der Gefahr von Absplitterungen zurzeit nicht zu rechnen ist. (An sich ist zwar festzustellen, daß solche Absplitterungen sehr oft im Interesse des geschlossenen Handelns der Stammpartei direkt zu wünschen sind, und man kann z. B. nicht sagen, daß sich die Jungbauern-Bewegung, trotz dem erheblichen Mandatsverlust, für die Bauernpartei sehr ungünstig ausgewirkt hätte.)
2. Der Zentralvorstand der freisinnig-demokratischen Partei wollte, offenbar unter dem Einfluß seines demokratischen Flügels, der neuen Koalition ein Türchen offen lassen. Nun scheint es aber, daß dort die freisinnigen Rechtskreise bis zur „Neuen Zürcher Zeitung“ einen erfolgreichen Gegenstoß unternahmen und die Türe bereits wieder zugeschlagen haben. Da bekanntlich die freisinnige Partei in solchen Fällen jeweils der Rückenstärkung bedarf, weil an sich ja das Umfallen zu ihren vornehmsten Grundätzen gehört, dürfte die stramme Haltung der konservativen Partei hier das Nötige besorgt haben und noch besorgen, denn, das dürfte doch auch dem rosarotesten Demokraten allmählich klar sein, daß die Verwirklichung der neuen Koalitionsidee gegen den Widerstand der katholischen Partei ausgeschlossen erscheint.
3. Von der bäuerlichen Stammpartei hören wir deutliche Ablehnung. Und gerade in diesem Sinn ist nun — auf die Dauer gesehen — die Absplitterung des Herrn Müller heilsam gewesen. Möchte ihr doch in kurzer Zeit die Absplitterung der Gruppe um Schmid-Amman folgen! Von maßgebender Seite der Bauernpartei wurde uns erklärt, daß eine solche Koalition, also die Aufnahme der Sozialdemokratie in den Bundesrat, nicht in Betracht komme. Man könne von der Bauernpartei nicht verlangen, daß sie sich mit einer Partei solidarisiere, in deren sämtlichen maßgebenden, also vorwiegend politischen, Kommissionen ein Léon Nicole noch immer einflußreich vertreten sei. Die Bauern- und Bürgerpartei begnüge sich deshalb damit, das neue Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung mit gebührendem Dank entgegenzunehmen, wie auch nichts dagegen zu sagen sei, wenn die Arbeiterturner, die im „Satuz“ organisiert sind, durch Gewährung einer bescheidenen Subvention bei ihrem schriftlichen Bekenntnis zur Landesverteidigung behaftet würden.

Man sieht also, daß die Früchte des sozialdemokratischen Wunschtraumes wohl sehr rasch zum reifen kamen, aber Gefahr laufen, wieder zu verfaulen, weil die Mehrheit, sie zu pflücken, sich nicht findet. Für heute jedenfalls kann man die

Hoffnung hegen, daß sowohl die konservative, wie auch die Bauernpartei bei ihrer bezidierten Haltung bleiben und so das Gummimännchen, in dem sich das freisinnig-demokratische Rückgrat personifiziert, von allen Seiten in der erforderlichen Weise stützen werden. Die Gefahr, die aus einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie in allgemeinpolitischer, vor allem aber auch in wirtschaftlicher Beziehung ohne Zweifel eintreten müßte — hier genügt ein Blick über die französische Grenze —, scheint also vorerst abgewendet zu werden.

Dagegen wird man sich darüber klar sein müssen, daß mit diesem Erfolg im Negativen wohl eine Gefahr gebannt, aber positiv noch nichts gewonnen ist. Auf was es heute ankommt, ist dieses: das voraussichtliche Scheitern der Koalition mit den Roten dürfte, schon rein psychologisch gesehen, das Gewicht derjenigen Kreise stärken, die in der Ablehnung der neuen Koalitionsidee in vorderster Front stehen, nämlich der Kreise der Rechten. Von hier aus muß endlich die Wandlung kommen, jene Wandlung, die nicht nur das Einschmuggeln marxistischer Volksfrontgedanken in unsere Politik verhindert, sondern auch dem Versuch, unsere Demokratie mit uns fremden faszistischen Einflüssen zu durchsetzen, entgegentritt. Die Rechte wird nun zu zeigen haben, was sie leisten kann. Wie uns nur eine entschlossene Abkehr von der bisherigen bundesrätlichen Wirtschaftspolitik davor bewahren kann, daß eine neue Abwertung unser wirtschaftliches Gebäude zugrunde richtet; so wird allein eine allgemeine Politik im Sinne eines Abbaus des überspitzten Zentralismus, eine Stärkung der föderativen Kräfte des Volkes und eine Rückkehr zu unserem ursprünglichen Staatsgedanken der Demokratie im kleinen, der Ausbau bezw. die Wiederaufrichtung der Selbstverwaltung unser Land über die Zeiten des Sturmes hinwegtragen. Diesen nationalen Wiederaufbau muß die Rechte leisten. Vielleicht ist ihre geschichtliche Aufgabe damit gekommen.

* * *

Eine zwingende Notwendigkeit, die Regierungskoalition mit Einschluß der Sozialdemokratie zu verhindern, ergibt sich vor allem auch aus außenpolitischen Gründen. Denn mit unserer Neutralität wäre es an dem Tage vorbei, wo die Sozialdemokratie zu maßgebendem Einfluß auf die Führung der Tagespolitik kommen würde. Heute unternimmt der Bundesrat bereits erfreuliche Schritte, um unsere Neutralität zu schützen. Die psychologische Vorbereitung des Prozesses gegen den Mörder Frankfurter ist durch den Bundesrat geschickt geführt worden, indem nicht nur die Einfuhr des Emil Ludwig'schen Tendenzbuches „Der Mord in Davos“ bis nach Abschluß des Prozesses verboten, sondern außerdem das Buch des emigrierten deutschen Journalisten Helmuth Klotz: „Der neue deutsche Krieg“ an der schweizerischen Verbreitung gehindert wurde. Der Verlauf des Churer Prozesses wird nun zu beweisen haben, daß das Schweizervolk seine Neutralität ernst nimmt, indem es keine andere Stimme zu Worte kommen läßt, denn die Stimme des Rechts und der Gerechtigkeit. Der Beweis aber für den Willen zur Neutralität, der in jenen Tagen nach dem 9. Dezember geleistet werden soll, wird allen denen einen machtvollen Vorsprung verschaffen, die entschlossen sind, den Volksfrontspieß, kaum ist er aufgetaucht, aus den Köpfen radikal zu vertreiben.

B a s e l, den 23. November 1936.

J a n n v. S p r e c h e r.

Zur politischen Lage.

Um Deutschland und Italien. / Im fünften Monat des Front populaire. / Spaniens neue Gewalthaber. / Eine Präsidentenwahl.

Auf dem Wege zur Neugestaltung des politischen Antlitzes von Europa haben in der letzten Zeit verschiedene Begegnungen stattgefunden. Einmal war der italienische Außenminister Graf Ciano in Berlin und Barchtesgaden,

wo über die Gleichartigkeit vieler politischer Ansichten des Faschismus und Nationalsozialismus gesprochen wurde. Man stellte fest, daß der Kampf dem Bolschewismus gelte. Auch fand man sich einig darüber, daß die bisher gepflogene kollektive Sicherheit wertlos sei. Greifbare Gestalt nahm die deutsch-italienische Annäherung in dem „Berchtesgadener Protokoll“ an, welches aus den „in herzlicher Atmosphäre“ gepflogenen Besprechungen hervorging. Darnach erklären sich die beiden Mächte für eine gemeinsame Friedensaktion, wie denn überhaupt ihr Verhältnis von maßgebender Seite bezeichnet wurde als eine „Friedensfreundschaft, beherrscht durch die Besorgnis, Europa ein Mindestmaß von Ordnung und Stabilität zu sichern.“ Hinsichtlich der Stellung zu den Westmächten sind sich Italien und Deutschland darüber einig, daß sie ein Erjaß-Locarno ablehnen, dagegen haben sie sich über ihre Stellung zum Völkerbund nur unbestimmt ausgesprochen. Als schönes Präsent überreichte Hitler seinem Gaste die Anerkennung des italienischen Kaiserreiches Äthiopien, und auch die Anerkennung der nationalistischen Regierung Franco in Spanien ist sicher bei diesem Anlaß vereinbart worden. Die Verhandlungen entsprachen insofern den ständigen Friedensbeteuerungen, als sie weder ein Bündnis noch eine Expansion zum Gegenstand hatten. Immerhin muß man sich gegenwärtig halten, daß der Friedenszustand der Ruhe eines Pulvermagazins gleicht, welches jederzeit in die Luft springen kann, wenn das geringste Feuerlein daran kommt. England und Frankreich sollen sich nun herbeilassen, das Feuer fern zu halten, ansonst sie das aufgestapelte Pulver zu riechen bekommen. Deutschland und Italien wollen Frieden, aber einen Frieden nach eigener Maßgabe. Ein hübsches Bildchen von dieser Lage hat der „Secolo-Sera“ mit folgenden Strichen gezeichnet: „Von Rom und Berlin aus wird der Zweig dargeboten; wenn er zurückgewiesen werden sollte, wird man von London und Paris aus nur noch ein Bild von Millionen und Übermillionen Bajonetten sehen. Die italienisch-deutsche Entente ist entscheidender Faktor in Europa. Wir vermögen nicht zu glauben, daß Großbritannien die Geschäfte Rußlands besorgen will, das einen Konflikt heraufzubeschwören sucht.“

Ungefähr im gleichen Sinne hat dann auch die *M a i l ä n d e r R e d e M u s s o l i n i*s vom 1. November gelautet. Sie enthielt natürlich eine Absage an den Völkerbund, wünschte aber dafür eine Verständigung mit England. Dem Bolschewismus — nicht aber Rußland — wurde die Fortsetzung des Kampfes angekündigt, und für die Revision der Grenzen Ungarns zeigte der Duce volles Verständnis. Zur Festigung des Freundschaftsverhältnisses mit Österreich und Ungarn hat zu gleicher Zeit in Wien eine Konferenz stattgefunden. Damit zeigte sich die Donaustadt wieder einmal in der Rolle des Brennpunktes politischer Interessen, die einerseits in der Nord-südrichtung von Italien nach Deutschland und andererseits in der West-ostrichtung von Genf nach Ungarn verlaufen. Vielleicht ist da doch die Hoffnung berechtigt, daß Österreich etwas zum Ausgleich der politischen Gedanken tun kann.

Deutschland und Italien haben Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Verbindung Rom-Berlin sich in keiner Weise gegen England richte. Wenn man an die Thronrede Eduards VIII. denkt, so begreift man allerdings die Sorge der beiden Diktaturstaaten. Bei allem eigenen Kraftbewußtsein wollen sie es mit dem mächtigen England nicht verderben, zumal auch dieses ja die Hand zum Frieden reicht. Nur schlägt es etwas andere Wege ein. Es will den Völkerbund verstärken, einen neuen Locarnopakt herbeiführen, den freien Güteraustausch in der Welt ermöglichen, die Rüstungsbeschränkung durchsetzen. Wer weiß, ob und wie sich diese Ziele mit denen von Mussolini und Hitler in eine einigermaßen verträgliche Form bringen lassen? Alles werden denn die Diktatoren doch auch nicht bloß nach ihrem Willen durchsetzen können, denn England hat nicht nur Frankreich auf seiner Seite, sondern pflegt auch mit Polen und Jugoslawien gute Beziehungen, wie die jüngsten Besuche von Außenminister Oberst Beck und Prinzregent Paul in London lehren.

Die deutsche Außenpolitik hat außer den bereits geschilderten Verhandlungen mit Graf Ciano in den letzten Wochen noch zwei weitere Höhepunkte erreicht. Der eine betrifft die einseitige Aufhebung der Wasserstraßenbestimmungen des Versailler Vertrages — davon ist an anderer Stelle dieses Heftes in einem besonderen Artikel die Rede —, der andere besteht in den Besuchen des österreichischen Ministers Schmidt in Berlin und des deutschen Ministers von Neurath in Wien. Damit sind zum ersten Mal seit langer Zeit zwischen Deutschland und Österreich wieder normale Beziehungen aufgenommen worden. Trotz dieser Aktivität konzentriert sich das gegenwärtige politische Interesse Deutschlands vor allem auf seine Innenpolitik. Nachdem Hitler zu Nürnberg gewissermaßen den wirtschaftlichen Kriegszustand für Deutschland proklamiert hatte, ist Göring als Wirtschaftsdiktator bestellt worden. Deutschland soll wirtschaftlich vom Ausland möglichst unabhängig gemacht werden. Zu diesem Behufe ist eine geophysikalische Untersuchung seines Territoriums geplant, und es werden nach dem Willen der Machthaber auch neue Fabriken für die synthetische Herstellung von Rohstoffen entstehen. So hat Göring zum Beispiel angekündigt, daß nach Ablauf von 18 Monaten kein Benzin mehr eingeführt werden müsse, da bis zu diesem Zeitpunkt genügend Benzin in Deutschland selbst hergestellt werden könne. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen wird eine bessere Verwertung der Abfälle in Aussicht genommen, die man in vermehrtem Maße wieder der Produktion zuführen will. Neben diesen optimistischen Projekten mußte das deutsche Volk aber auch eine Aufforderung zu Opfern in der Lebenshaltung hören und wurde auf weitere Einschränkungen vorbereitet. Trotz aller Anstrengungen zur Hebung der eigenen Lebensmittelversorgung besteht und wird noch weiter eine erhebliche Knappheit an gewissen Lebensmitteln bestehen. Die kriegswirtschaftliche Einstellung Deutschlands macht sich aber auch bei den Unternehmern bemerkbar; in der Sorge um geeignete Arbeiter sind tiefgreifende Maßnahmen über die Anstellung in der Metallindustrie angeordnet worden.

* * *

Nachdem der erste Glanz vorüber ist, sind für die französische Volksfrontregierung schwierigere Tage angebrochen. Léon Blum rühmte zwar nach wie vor die Einigkeit seines Ministeriums und erklärte, daß er nicht ohne die Kommunisten regieren werde, aber der radikale Parteitag in Biarritz hat ihm Ende Oktober nicht Recht gegeben. Die Radikalen, welche doch auch an der Regierung teilhaben, wehrten sich des bestimmtesten gegen die Verletzungen der Volksfrontgrundsätze durch die Kommunisten, besonders hinsichtlich der sowjetistischen Außenpolitik und der Fabrikbesetzungen. Mit ihrem Protest gegen die soziale Unordnung, die revolutionären Umtriebe und die Mißwirtschaft haben sie gewiß recht, aber es erhebt sich die Frage, ob eine mit den Kommunisten arbeitende Volksfront überhaupt fällig sei, etwas anderes hervorzubringen. Mag sich Blum lange wehren gegen die Identifizierung von Demokratie und Kommunismus, so bleibt doch der französischen Demokratie der deutliche kommunistische Einschlag.

Zu den rein politischen kommen jetzt noch die finanziellen Schwierigkeiten. Selbstverständlich wäre ein ausgeglichenes Budget die beste Gewähr für die Stabilisierung des Frankens. Aber der Finanzminister Auriol wußte dieser Anforderung nicht zu entsprechen: Sein neues sogenanntes Übergangsbudget zeigt bei größeren Ausgaben als je vier Milliarden Defizit im ordentlichen und fünf- undzwanzig Milliarden Defizit im außerordentlichen Verkehr. Da der Kredit des Staates unter diesen Umständen natürlich nicht glänzend ist, soll die autonome Amortisationskasse zur Hauptsache die erforderlichen Mittel beschaffen. Daneben soll auch der Anleihschweg wieder beschritten werden, in welcher Hinsicht man aber der Regierung nicht viel Gutes prophezeien kann. Die Rechtsopposition hat bei dieser Sachlage natürlich Angriffsstoff in Hülle und Fülle. Sie richtete sich in letzter Zeit hauptsächlich gegen den Innenminister Salengro,

den sie als Deserteur brandmarkte, obschon er seinerzeit vom Kriegsgericht freigesprochen war. Seine Unschuld wurde zwar von Léon Blum neuerdings beteuert, aber Salengro nahm sich den Angriff seiner Gegner so zu Herzen, daß er seinem Leben durch Gasvergiftung das Ende setzte. Wer die politische Lage in Frankreich überblickt, versteht, daß der Präsident der Republik, Albert Lebrun, in seiner Straßburger Rede vom Oktober eindringlich Disziplin, Ruhe und Ordnung fordern mußte und endlich eine Sammlung der positiven Kräfte der Nation herbeiwünschte.

* * *

Am 20. Juli dieses Jahres hat der nationalistische General Franco mit seinen aufständischen Truppen die Meerenge von Gibraltar überschritten und am 9. November ist er in einen Stadtteil von Madrid eingedrungen; 35 von 41 Provinzen befinden sich in seiner Gewalt. Man kann also mit Recht sagen, daß Spanien nunmehr in den Händen der Aufständischen sei, umso mehr, als auf der andern Seite eine rechte Regierung, die wirklich eine verantwortliche Gewalt ausüben würde, nicht mehr existiert. Dieser Sachlage Rechnung tragend, haben sich zuerst Guatemala und dann am 18. November Deutschland und Italien zugleich bereit gefunden, die Beziehungen mit der Madrider Regierung abzubrechen und die Junta der Landesverteidigung mit ihrem Chef General Franco als die maßgebende Regierung Spaniens anzuerkennen. Italien hat dabei darauf hingewiesen — es wünscht diesen Gedanken auch auf sich selber angewandt mit Bezug auf die Eroberung Abessinien —, daß die faschistische Moral nicht nur auf das Recht abstelle, sondern insbesondere auch darauf, wo Ordnung und Autorität herrsche. Mit diesen, allen andern Staaten zuvorkommenden Anerkennungen haben sich Deutschland und Italien beizeiten auf die Seite des Erfolges gestellt und ihren Sympathien für die Nationalisten unmißverständlichen Ausdruck gegeben.

Man muß zugeben, daß die Überlegungen, welche zur Anerkennung führten, richtig sind. Die Legalität der spanischen Volksfrontregierung kann nämlich heute keine Rolle mehr spielen. Abgesehen davon, daß der Ministerpräsident Largo Caballero mit dem Sowjetbotschafter Rosenberg nach Valencia und der Republikpräsident Azana nach Barcelona geflohen sind, besitzt die gewählte Regierung keine verantwortliche und maßgebende Gewalt mehr. Sie kann daher auch nicht mehr den Anspruch erheben, über Spanien zu herrschen. Anders die Regierung Francos, deren Truppen mit bemerkenswerter Schnelligkeit von Toledo gegen die Hauptstadt vorgeedrungen sind und unter Abschlagung von Gegenoffensiven Madrid erreicht, wenn auch noch nicht besetzt haben. Spanien untersteht zum größten Teile ihrer Gewalt, die sie auch anscheinend mit einiger Ordnung und Disziplin handhaben (die Nachrichten von einer Protestantenverfolgung bewahrheiten sich hoffentlich nicht). Obschon das Vorrücken in Madrid erheblichen Schwierigkeiten begegnet — gegenüber den von den Russen unterstützten Volksfrontmilizen muß jeder Fuß breit Landes heiß erkämpft werden —, steht es doch ziemlich fest, daß General Franco die ganze Gewalt über Spanien in seine Hände bekommen wird.

Inzwischen sind die Großmächte ständig durch die Fragen der Nichtintervention in Anspruch genommen. Der Pakt, den die französische Volksfrontregierung aus eigenen Stücken vorgeschlagen hat, funktioniert zwar immer noch, aber er droht Lücken zu bekommen. Unter dem Vorwand, der Paktteilnehmer Portugal sei die Hauptlieferungsbasis für das Heer der Nationalisten, hat Rußland das Abkommen gekündigt und erklärt, es betrachte sich als nicht mehr daran gebunden; auch die Madrider Regierung solle Waffen kaufen können. Zu gleicher Zeit sind Deutschland und Italien von ihm angeklagt worden. Natürlich hätte Rußland genug vor seiner eigenen Tür zu wischen. Und es klingt in diesem Zusammenhange nicht ganz unwahrscheinlich, daß innerpolitische Gründe zu diesem Protest gegen die Faschisten und also zur Kündigung des Abkommens veranlaßt haben. Aber sei dem wie dem wolle, so ist doch Rußlands Haltung nicht leicht

zu nehmen, da eine stärkere Unterstützung der Kommunistenregierung zu einer Verlängerung des Bürgerkrieges und zu einer Verschärfung aller Spannungen führen müßte.

* * *

Mit 401:84 Elektorenstimmen hat das Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 3. November dem bisherigen demokratischen Präsidenten Roosevelt gegenüber dem neuen Kandidaten Landon als Unionspräsident den Vorzug gegeben. Roosevelt ist zwar nicht ohne Opposition wieder erkoren worden, aber er trug trotzdem einen überwältigenden Wahlsieg davon. Das hat er vor allem seiner gefälligen Persönlichkeit und dem wirtschaftlichen Aufschwung, welchen das Land unter seiner Führung genommen hat, zu verdanken. Wir kennen ihn als den Schöpfer des New Deal, womit er der Arbeitslosigkeit begegnete und den Produzenten zugleich höhere Preise sicherte. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich sein Wirtschaftsplan bewährt, und die Bürger haben sich so für ihn begeistert, daß seine Wiederwahl zum vornherein feststand. Merkwürdig, daß der aus großem Hause stammende Roosevelt als Vertreter der kleinen Leute im Weißen Hause verbleibt, während der in kleinen Verhältnissen aufgewachsene Landon als Exponent des Kapitalismus galt. Mit der Wahl Roosevelts hat sich das amerikanische Volk einerseits auch für die fortdauernde Distanzierung vom Völkerbund, andererseits jedoch auch für den freien Welthandel ausgesprochen, während Landon für eine wirtschaftliche Isolierung eingetreten wäre. In den übrigen politischen Auffassungen hätten sich die beiden Kandidaten wohl kaum stark voneinander unterschieden, da beide den bekannten Grundsätzen des Amerikanismus wie Liberalismus, Demokratie und Erfolgsglauben huldigen.

B ü l a c h, am 24. November 1936.

W a l t e r H i l d e b r a n d t.

Französischer Brief.

Der verflossene Monat war, einem alten französischen Brauch gemäß, mehr durch Reden als durch Ereignisse ausgefüllt. Mit Worten läßt sich bekanntlich Politik machen; aber die Ereignisse allein entscheiden darüber, ob das Volk an dieser Politik gesunden kann, oder ob das Übel weitere Fortschritte verzeichnet.

„Worte, Worte, nichts als Worte“: die abgelaufenen Wochen waren nämlich, wie alljährlich, die der großen Parteikongresse. Wir können uns darüber kurz fassen. Die Radikal-Sozialisten tagten in Biarritz, was ein wenig ironisch anmutet; die parlamentarische Mitte der Alliance Démocratique als wohlgenährte Bürgerpartei in dem üppigen Bourg-en-Bresse, die Sozialisten natürlich in Paris selber, die „Doriotisten“ oder französische Volkspartei in ihrer Geburtsstadt St. Denis. Für die Radikalen sind die heroischen Tage von Ungers und Reims längst vorüber. Keine „Schläge“ mehr, die Kabinette zertrümmern, sondern nur noch eine allerdings heftige Kritik an den Methoden der äußersten Linken, also der kommunistischen Volksfrontbrüder; ein erbitterter Redesturm gegen die Fabrikbesetzungen, gegen das Chaos, die Unordnung, den ständigen Druck der Kommunisten auf die Volksfront, dem sich die Sozialisten nicht entziehen können oder wollen. Es entspricht dies ganz genau dem Wesen dieser Partei, die kleinbürgerlich ist und Volksschichten vertritt, denen Ruhe und Ordnung über alles gehen. Aber auch der Schluß, das Ergebnis dieses Kongresses ließ sich mit Sicherheit voraussagen: Treue trotz allem der Volksfront, denn sie entspricht der antifaschistischen Ideologie der Radikalen nicht minder wie ihren Wahlpositionen. Dazu bemerken die Kommunisten mit dem Zynismus, der ihnen eigen ist: Die Radikalen wagen es gar nicht, die Volksfront zu brechen, denn sie wissen, daß

dann manches Glas in Scherben ginge; die Straße gehört bekanntlich den „organisierten Arbeitern“, und in den großen Unternehmen gebieten die kommunistischen „Zellen“. So ging der Sturm an der Biscayahüste vorüber, im Wasserglas wurde gleich alles wieder still. Als man einen Radikalen bei seiner Rückkehr nach Paris fragte, was sie denn eigentlich in Biarritz beschlossen hätten, gab er die klafische Antwort: „Nichts, aber das e i n s t i m m i g“.

Etwas energischer gebärdete sich die D e m o k r a t i s c h e A l l i a n z, die vorläufig noch in der Opposition ist und deshalb keine Rücksicht zu nehmen braucht. Eine berühmte Definition dieser Partei lautet: Sie besteht aus rechtsstehenden Truppen und aus linksstehenden Führern. Die Führer, F l a n d i n und R e y n a u d an der Spitze, gelten nämlich selbst in Volksfrontzeiten als „ministrables“, sie sind eben reine Politiker, eine Menschengattung, die man so ziemlich in allen Ländern kennen dürfte, die auf eine längere demokratische Vergangenheit zurückblicken. Demokratische Allianz und Radikalsozialistische Partei haben übrigens genau das gleiche Programm, es besteht zwischen ihnen eine völlige Familienähnlichkeit. Der einzige Unterschied ist, daß die Radikalen mit den Kommunisten gehen, die „Flandinisten“ gegen sie. Es sind zwei Parteien, die genau das Gleiche wollen, aber ganz verschieden handeln. Sie bekennen sich zur gleichen politischen Religion, opfern jedoch ganz verschiedenen Göttern. Dergleichen Widersprüche muß man verstehen, sonst versteht man überhaupt nichts von Politik.

Der Nationalrat der S F J D - S o z i a l i s t e n pflegt stets hinter verschlossenen Türen zu tagen; von dieser Regel ist unsers Wissens nur ein einziges mal abgewichen worden, und zwar im Mai des vergangenen Jahres. Auch hier gab es eine heftige Kritik an dem „Doppelspiel“ der Kommunisten, die bei jeder Gelegenheit ihre Treue zur Volksfront bekunden und ihre Truppen gegen die Regierung Blum mobilisieren; aber es drang davon nur ein gedämpftes Echo in die Öffentlichkeit. Léon Blum antwortete auf die schweren Anklagen des kommunistischen Generalsekretärs Thorez: es war eine Antwort „mit Rosenwasser“, wie man hier sagt. Man entschuldigte den Ministerpräsidenten damit, er sei ein viel zu kluger Politiker, um der lachenden Galerie ein Schauspiel eines „Bruderzwistes“ zu geben. Die Massen der Franzosen sind übrigens mit der Zeit so weit gekommen, daß sie den kleinen Familienstreit nicht tragisch nehmen. Was seine Gesamtpolitik anbelangt, so will sie Léon Blum offenkundig nach der Methode Coué behandeln: es geht mir schon ganz gut, es geht mir jeden Tag besser. Man denkt auch an das berühmte Lied von der Madame la Marquise: Alles stürzt zusammen, alles verbrennt, alles stirbt, aber davon abgesehen „tout va bien“. Léon Blum sieht die Zukunft in den rosigsten Farben: die Zukunft Frankreichs und seine eigene Zukunft. Die Möglichkeit, daß er stürzen könne, bezeichnet er als „absurd“. Er will das ganze Programm des „Rassemblement populaire“ verwirklichen, und dazu sind ihm vier Jahre eine nicht allzulang bemessene Frist. Außerdem will er als Sozialist eine andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung herbeiführen; in welcher Zeit dies geschehen soll, wird uns nicht gesagt. Zum Schluß kam der Ministerpräsident auf die französische A u ß e n p o l i t i k zu sprechen, und im Besonderen auf den s p a n i s c h e n Konflikt. Dieser interessante Teil seiner Rede wurde uns leider vorenthalten; wir lasen davon nur den einen, bedenklich klingenden Satz, daß Frankreich sich unter Umständen dazu entschließen könnte, seine Neutralitätspolitik zu revidieren. Der Nationalrat ging mit einer wichtigen Entscheidung zu Ende, auf die wir noch zurückkommen müssen.

Was an der D o r i o t - Bewegung am meisten wunder nimmt, ist die Tatsache, daß sie bei der allgemeinen Parteimüdigkeit in so kurzer Zeit auf mehr als 100 000 Mitglieder anwachsen konnte. Junge Leute meist, die aus allen politischen Lagern herkommen, hauptsächlich jedoch aus der k o m m u n i s t i s c h e n Partei und von den ehemaligen F e u e r k r e u z l e r n her. Doriot gestand, er

habe große Angst gehabt, wie sich diese verschiedenen Truppen zueinander verhalten würden, wenn sie zum erstenmal Seite an Seite säßen. Im großen Festsaal von St. Denis waren sie aus ganz Frankreich zusammengekommen: Kommunisten und Feuerkreuzler fühlten sich in erster Linie als Franzosen, und damit war ihre Brüderchaft besiegelt. Sie sangen einmütig das neue Kampflied, das zwei Arbeiter aus St. Denis gedichtet und in Musik gesetzt haben, und das wohl bald die Rundreise durch Frankreich machen wird: „France, libère-toi!“, „Frankreich mach dich frei!“ Staatsfeind Nummer 1 ist für die Französische Volkspartei der Bolschewismus, weil er für Frankreich den Krieg im Innern und nach Außen hin bedeutet. „Das werden die Franzosen den Kommunisten nie verzeihen“, rief Doriot aus, „daß sie in den Falten der Trikolore eine fremde Fahne ins Land herein gebracht haben!“ Die neue Partei des Bürgermeisters und Abgeordneten der alten Königsstadt St. Denis ist ohne Zweifel der gefährlichste Gegner, der den Kommunisten bis jetzt auf französischem Boden erwachsen ist; wegen der starken, mitfortreißenden Persönlichkeit ihres Führers Jacques Doriot, und weil sie sich direkt an die Arbeiter wendet, nicht an Klassen, die ohnehin kommunistenfeindlich eingestellt sind. Sie greift an die Wurzel der kommunistischen Macht in Frankreich, zerstört ihre „Zellen“ im buchstäblichen und im bildlichen Sinn. Sie bringt vor allem den Franzosen eine neue Mystik, die nichts mit dem alten Chauvinismus, aber auch nichts mit Reaktion und Großkapitalismus zu tun hat: denn als Staatsfeind Nr. 2 wird von Doriot der „coffret“ bezeichnet.

Sehen wir, um die außerordentlichen Widersprüche der französischen Innenpolitik in diesem Augenblick zu kennzeichnen, ein paar Aussprüche aus Reden hierher, die am gleichen Sonntag, 8. November, gehalten wurden. Ministerpräsident Léon Blum sagte im sozialistischen Nationalrat: „Wenn wir morgen abtreten müssen — es ist dies nur eine absurde Hypothese, die ich für meine Beweisführung aufstelle —, so werden wir unsere Partei gestärkt in einem gesünderen und blühenderen Lande zurücklassen.“ — „Seit der Machtergreifung durch eine sozialistisch geführte Volksfrontregierung haben wir das Vertrauen des Landes in seine freien Einrichtungen wiedererweckt.“ — „Alles, was wir versprochen hatten, haben wir gehalten. So wird es auch in Zukunft sein, müßten wir 4 Jahre dransetzen, um das ganze Programm des Rassemblement populaire zu verwirklichen.“ — „Wir haben die erste Grundlage einer neuen Ordnung festgelegt. In diesem Augenblick sind wir Zeugen einer feindlichen Offensive. Aber es gibt auf Erden keine Gewalt mehr, die imstande wäre, dem Proletariat seine Errungenschaften zu entreißen.“

Hören wir den ehemaligen Ministerpräsidenten P. G. Flandin, Vorsitzender der Alliance démocratique: „Es vergeht nicht ein Tag, ohne daß ein jeder unter uns ein neues Stück seiner Freiheit verliert. Mit jedem Tag wird ein neues Gesetz geboren, das uns neuen Zwangsmaßnahmen unterwirft.“ — „Die erste aller Sicherheiten ist die strikte Anwendung der Gesetze: das ganze Gesetz, nichts als das Gesetz.“ — „Wir sind zur Kammerauflösung und zu Neuwahlen bereit. Wir fordern nur ein gerechtes Wahlssystem, das nicht durch die immoralischen Bündnisse des zweiten Ganges entstellt wird.“

Edouard Daladier, Kriegsminister und erklärter Gegner der Kommunisten, in seiner Rede von Mont-de-Marsau: „Ich dulde keinerlei Zellenbildung in der Armee. In dem Augenblicke, wo die politischen Kämpfe ihren Einzug halten würden, gäbe es keine französische Armee mehr!“

Staatsminister Camille Chautemps, dessen Aussichten auf die Erbschaft Blum zugunsten Daladiers neuerdings stark vermindert erscheinen, jagte in Marennes: „Aus den inneren Wirren, die die fremde Propaganda übertreibt, erwächst Frankreich ein gewaltiger Schaden. Befreundete Völker sind versucht, sich von uns zu trennen.“

Auf ein paar bedeutende Rundgebungen zu der französischen Außenpolitik müssen wir noch näher eingehen; sie beschränken sich in diesem Augenblick nahezu völlig auf den spanischen Konflikt und die Haltung Frankreichs den kämpfenden Parteien gegenüber. Der kommunistische Druck auf die Regierung Blum wächst mit den Erfolgen der nationalen Armee, was angesichts der gewaltigen Interessen Sowjetrußlands an einem revolutionären Spanien ganz natürlich erscheint. Es konnte daher auch nicht fehlen, daß der Kampf um die französische Neutralität im sozialistischen Nationalrat mit aller Heftigkeit entbrannte. Léon Blum stellte fest, daß „der europäische Friede dank der Nichtinterventionspolitik gerettet“ worden sei, fügte dann aber merkwürdigerweise hinzu: Wenn England seine Haltung verändere, könne es sein, daß auch Frankreich eine Revision seiner Neutralitätspolitik vornehme. Dieser Satz wurde allgemein als eine Konzession an die Kommunisten und gewisse extreme Sozialisten (Richtung Marceau Pivert und Zymorski) aufgefaßt, die jedoch keinen praktischen Wert habe, da von einer Haltungsänderung der englischen Regierung keine Rede sein könne. Man wurde erst stutzig, als die Schlußresolution des Nationalrates (die „gemäßigte“) in ihrem Wortlaut bekannt wurde: „Was die spanischen Ereignisse angeht, so spricht der sozialistische Nationalrat Léon Blum sein Vertrauen aus und verlangt von der Regierung, daß sie im Einverständnis mit England die Politik befolge, wie sie durch die Resolution der ICS (sozialistischen Arbeiterinternationale) und der ICSJ (sozialistischen Gewerkschaftsinternationale) definiert worden ist.“ — Die Worte „im Einverständnis mit England“ sollen auch hier zur Beruhigung dienen; aber die radikale „Cre Nouvelle“ stellt fest, daß der Anstoß zur Neutralitätspolitik nicht von England ausging, sondern eben von Frankreich, und daß es jetzt den Anschein habe, als ob Frankreich seine Initiative bereue. Alle Stillklauseln und Anhängsel können auch nichts an der Tatsache ändern, daß sich die französischen Sozialisten, die Kerntruppe der Regierungsmehrheit, zum mindesten nicht gegen die Einmischung in den spanischen Bürgerkrieg ausgesprochen haben, und daß die Kommunisten insofern triumphieren mögen. Bedenklich ist noch eine andere Tatsache, die nicht stillschweigend übergangen werden darf. Im sozialistischen „Populaire“ antwortet am 9. November der alte Führer Braque, der als Leitartikler Léon Blums Stelle vertritt, auf die Angriffe des Kommunisten Thorez mit dem Satz: „Aufhebung der Blockade? Es gibt keine Blockade, es gibt wenigstens in Frankreich nur eine Blockade mit Bezug auf die Bewaffnung und die Verproviantierung der spanischen Rebellen.“ — Tags darauf forderte denn auch die „Humanité“ auf Grund dieses außergewöhnlichen Eingeständnisses von der Regierung Blum, daß sie den revolutionären Truppen offen zu Hilfe komme: die Logik war gewiß auf Seiten des kommunistischen Blattes, wenn Braque die Wahrheit schrieb. Allerdings fügt der Vertreter Blums im „Populaire“, der im Privatberuf ein gelehrter Professor ist, die subtile Unterscheidung hinzu: „Keine Neutralität, aber auch keine Intervention!“ Über ein solches Distinguo werden sich die verbereren Kommunisten und Gewerkschaftler jedoch nicht viel Kopfzerbrechen machen.

Es gibt übrigens noch einen andern Professor, der an der Universität Lyon Finanzwissenschaft doziert und als sozialistischer Abgeordneter in der Kammer sitzt: Philip mit Namen. Die „revolutionären Christen“ hatten der Regierung Blum vorgeworfen, sie lasse dem „Faschisten Franco“ freie Hand. Professor Philip sucht in der gleichen Zeitschrift „Terre Nouvelle“ die Politik der Volksfront zu rechtfertigen, indem er schreibt: Die weitere Unterstützung des *frente populaire* (nach dem 7. August) durch Frankreich hätte unweigerlich zum europäischen Kriege geführt. In diesem Kriege wäre Frankreich tatsächlich isoliert gewesen, da der einzig mögliche Verbündete, Sowjetrußland, von keinerlei Nutzen hätte sein können: denn selbst die Tschechoslowakei bezeugte nicht die geringste Lust, um des fernen Spaniens willen ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. „Es war der sichere

Krieg und die nicht minder sichere Niederlage". Professor Philip stellt dann weiter fest, daß es in einem „Kreuzzug“ der Demokratien gegen die Diktaturen (wobei Sowjetrußland als „Demokratie“ behandelt wird!) notwendigerweise so gehen müsse: Frankreich stände dabei ganz allein, niemand marschiere mit ihm, weder England noch der Kleinverband noch Polen, nicht einmal die sozialistisch regierten Länder des Nordens, von Belgien gar nicht mehr zu reden. — Der sozialistische Abgeordnete Philip hat es vielleicht nicht ganz so gemeint, aber schlagender hat noch niemand in Frankreich bewiesen, daß diejenigen Elemente, die zur Intervention drängen, oder die im Namen der „Freiheit“, der „demokratischen Ideale“ jede Verständigungspolitik mit dem nationalsozialistischen Deutschland ablehnen und grundsätzlich Gegner von neuen Locarnoverhandlungen sind, nicht nur den Krieg heraufbeschwören, sondern auch die sichere Niederlage Frankreichs, das heißt, praktisch ausgedrückt, seine Vernichtung.

* * *

Kommen wir von den vielen Worten des letzten Monats zu den wenigen Tatsachen und Ereignissen. Ein solches Ereignis war sicherlich die Einbringung des ersten Volksfronthaushalts durch den Finanzminister Vincent-Auriol. Léon Blum hatte in einer Rede kurz zuvor die Erwartungen so hoch geschraubt, wir sind ein wenig enttäuscht worden. Ein revolutionäres Budget ist es nicht, höchstens sind dazu ein paar Ansätze vorhanden: schon der Zwang zu ungewöhnlich hoher Beanspruchung des Sparkapitals ließ kluge Vorsicht angezeigt erscheinen. Neu an diesem Haushaltsentwurf ist ein Doppeltes. Zum ersten gibt der Finanzminister den ziemlich hohen Finanzbetrag von 3,5 Milliarden im ordentlichen Budget unumwunden zu und macht sich keine Mühe, das unmögliche Gleichgewicht anzustreben, obwohl er so optimistisch ist, die voraussichtlichen Einnahmen gleich um vier Milliarden höher anzusetzen! Zum zweiten hat zur größeren Bequemlichkeit ein sogenanntes „budget des dépenses recouvrables“ eingerichtet hatte, getreu seinem oft wiederholten Satz: „Le Boche payera!“ Neben dem ordentlichen Haushalt gibt es also wieder einen außerordentlichen Etat, der nur Ausgaben enthält, aber keine Einnahmen. Das Bild dieses reinen „Pumpbudgets“ sieht nach einer Darstellung des „Paris-Midi“ folgendermaßen aus:

Fehlbeträge oder offene Posten	Schätzung	Vorgesehene Deckung
Ordentliches Budget	3561 Mill.	Anleihen des Schatzamtes
Rüstungsprogramm	9502 Mill.	Anleihe der Nationalverteidigung
Nationales Arbeitsprogramm	2500 Mill.	Anleihe mit Hilfe der autonomen Kasse
Pensionskasse	1000—2000 Mill.	Anleihe mit Hilfe der autonomen Kasse
Post und Telegraphen, Eisenbahnen usw.	7000—8000 Mill.	Anleihen der betr. Verwaltungszweige

Zusammen rund 25 Milliarden

Man merkt unschwer, daß unter all den verschiedenen Dingen und Bezeichnungen ein Wort, immer das gleiche, wiederkehrt: *Anleihe*. Einen Betrag von 25 Milliarden durch Anleihen aufzubringen, ist kein geringes Kunststück, zumal im heutigen Frankreich, wo man vielleicht noch den Frauen, aber jedenfalls nicht mehr dem Sparkapital zart entgegenkommt. Man könnte sogar meinen, es sei die Quadratur des Kreises. Darob ist in der Kammer denn auch jetzt schon eine heftige Schlacht entbrannt, obwohl es sich erst um Vorpostengefechte handelt. Man hat eine an sich harmlose Sache, nämlich ein paar unwesentliche Punkte der Finanzreform, zum Anlaß genommen, um im Schoße des berühmten Finanzausschusses das Kriegsbeil auszugraben. Die Kommunisten fordern natürlich eine stärkere Her-

anziehung des Kapitals, das sie ja völlig zertrümmern wollen. Die Radikalen halten an ihren alten Spar- und Eigentumsbegriffen fest, deren „Heiligkeit“ sie in Biarritz feierlich betonten. Die Sozialisten schwanken zwischen der revolutionären und der konservativen Auffassung her und hin. Der Finanzminister Vincent-Auriol gibt zu verstehen, daß er Geld entleihen will, und zwar auf gutlichem Wege; also dürfte das Kapital, das sparende Publikum nicht vor den Kopf gestoßen werden. Der linke Volksfrontflügel antwortet, man habe nicht die Beibehaltung der alten, sondern eine neue Ordnung gewollt, als man den „Rassemblement populaire“ bildete; auf sozialem Gebiet habe man bereits Vieles geleistet, nun kämen die Finanzen an die Reihe. Denn wie sollte der soziale Umbruch mit seinen kostspieligen Gesetzen gelingen, wenn man die alte kapitalistische Praxis beibehielte? Herriot sei politisch an der „Geldmauer“ gescheitert, nun werde sich das gleiche Schauspiel auf sozialem Gebiet wiederholen.

Man sieht: der gegenwärtige Kampf geht um ganz grundsätzliche Dinge. Soziale Gesetze gibt es auch anderswo, aber eine sozialistische Finanzwirtschaft mit starkem kommunistischem Einschlag wäre gleichbedeutend mit einer völligen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnungsbegriffe. Die Kommunisten weisen mit einiger Logik darauf hin, daß man diese Revolution vorweg nahm oder sie unvermeidbar machte, als im Juni Hals über Kopf Gesetze votiert wurden, ohne daß man sich über deren Finanzierung irgendwelche Sorgen machte. Das Primat der Politik über die Finanzen sei stets gleichbedeutend mit Revolution — oder mit Staatsbankrott; dieses Primat widerspreche ja auch völlig der gutbürgerlichen Auffassung, erscheine überhaupt mit der kapitalistischen Ordnung unvereinbar. — Darauf antworteten die Radikalen: Frankreich sei eben in sozialer Beziehung weit im Hintertreffen gewesen, deshalb habe man nach dem Wahlsiege der Volksfront rasch handeln müssen. Ein wenig übereilt, wie sich heute zeige. Aber es sei nie die Absicht des französischen Volkes gewesen — nicht einmal die der meisten kommunistischen Wähler —, eine Revolution zu machen, nur um der bloßen Logik willen. Frankreich ist ein Land von Bauern, Handwerkern und Arbeitern, die in ihrer erdrückenden Mehrzahl kleine Sparkapitalisten sind: wer in Frankreich das „Kapital“ vernichten will, trifft unweigerlich die Massen, und wer den Eigentumsbegriff angreifen will, schneidet 38 Millionen Franzosen ins lebendige Fleisch. Die Linkswähler vom April und Mai haben ein wenig mehr Gerechtigkeit gewollt, aber nie und nimmer eine soziale Umwälzung, eine finanzielle Revolution!

Diese Schlacht zwischen zwei Weltanschauungen war unvermeidlich, sobald man sich innerhalb der französischen Volksfront über gewisse finanzielle Grundbegriffe schlüssig werden mußte. Sie spielt sich vorerst hinter den Türen der Finanzkommission ab, und noch heftiger im Schoße der „Delegation der Linken“, wo konservative Radikale und revolutionäre Bolschewisten notgedrungen aufeinanderstoßen. Eine Entscheidung wird natürlich jetzt nicht fallen: man mißt erst seine Kräfte. Jedenfalls bekundete der Ministerpräsident Léon Blum eine große Zuversicht, als er erklärte, der von Vincent-Auriol eingebrachte Haushalt werde ohne nennenswerte Änderungen bis zum 31. Dezember von den beiden Kammern verabschiedet sein, seine Regierung brauche keine Budgetzwölftel. Vielleicht irrt sich Léon Blum über die Natur der Kräfte, die gegenwärtig aufeinanderprallen. Es kann aber auch sehr wohl sein, daß er schließlich recht behält; denn Radikale und Kommunisten fürchten beinahe in gleicher Weise, wenn auch aus verschiedenen Gründen, die Auflösung der Volksfront, und da beide Parteien nicht allzusehr von Prinzipien beschwert sind, ist ein Kompromiß immer möglich.

Paris, Mitte November.

Alfons Bück.